

Eine Kundgebung für Aufhebung der Mietpreiskontrolle

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **14 (1939)**

Heft 6

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101205>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erfolg, das gilt örtlich sowohl als national, wie auch in internationaler Beziehung.

Tagungen und Feiern internationaler Art erfreuen sich heute kaum großer Beachtung oder gar Beliebtheit, man ist mancherorts sogar sehr mißtrauisch dazu eingestellt. Es ist aber vielleicht gerade der Genossenschaftsbewegung vorbehalten, als der Organisation, deren internationale Gesinnung weniger auf irgendeiner unbestimmten Schwärmerei und übertriebener Verbrüderungsromantik beruht, als auf sehr praktischen wirtschaftlichen Überlegungen, auf realen Grundlagen, die richtigen, im Interesse des Friedens liegenden Verbindungen von Land zu Land aufrechtzuhalten und zu pflegen. Die internationale Verbindung

im Sinne der Genossenschaftsbewegung darf nicht untergehen, soll die Welt nicht materiell und geistig verarmen. Sie zu pflegen, ist meines Erachtens heute besonders notwendig. Das wären wohl kaum die besten Schweizer, die einsichtigsten Freunde unseres Landes, die das nicht einsehen wollten. Die Genossenschaftsbewegung darf sich vom nationalen Taumel, der sich gegen die Verbindung mit benachbarten Ländern abschließt, künstliche Grenzen von unübersteigbarer Höhe aufrichtet und nur Mißtrauen sät, nicht erfassen lassen. Wir dürfen nicht lassen, die natürliche menschliche Verbundenheit zu pflegen; daran sollen wir uns erinnern, wenn wir am Samstag, dem 1. Juli, wiederum den Internationalen Genossenschaftstag feiern wollen. p. s.

AUS WIRTSCHAFT UND RECHT

Eine Kundgebung für Aufhebung der Mietpreiskontrolle

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweizerischer Haus- und Grundeigentümergegenstände vom 21. Mai 1939 in Schaffhausen faßte folgende Entschliebung:

»Die Delegiertenversammlung des ZSHG nimmt in zustimmendem Sinne Kenntnis von den Bemühungen des Zentralverbandes zur Aufhebung der Mietpreiskontrolle.

Der Hausbesitz kann sich der Förderung der Arbeitsbeschaffung nur dann zur Verfügung stellen, wenn er von den hemmenden Fesseln der Mietpreiskontrolle befreit wird.

Bautätigkeit und Liegenschaftsmarkt sind an dieser Befreiung unmittelbar interessiert, damit aber auch die öffentliche Hand.

Angesichts der infolge der Krise entstandenen gewaltigen Verluste des Hausbesitzes müßte die Aufrechterhaltung der Kontrolle als ein schweres Unrecht empfunden werden.

Die Delegiertenversammlung vertraut auf die unvoreingenommene Prüfung dieses für die gesamte Volkswirtschaft hochwichtigen Problems und erwartet den befreienden Entscheid des Bundesrates. Sie gibt den Willen kund, diesen Entscheid durch die Innehaltung eines gerechten Mietzinseszins zu rechtfertigen.«

Der Beschluß des Bundesrates zur Mietzinskontrolle

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement teilt am 26. Mai durch die Presse mit:

»Seit Ende September 1936, dem Zeitpunkt der Abwertung, bedürfen Mietzinsenerhöhungen über den Vorabwertungsstand hinaus einer behördlichen Bewilligung. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die der Miete als Faktor der Lebenshaltungskosten zukommt, sowie angesichts der gelegentlich feststellbaren Tendenz zu unerwünschten Mietzinsenerhöhungen, wird an dieser Regelung bis auf weiteres festgehalten. Da jedoch die laufend zu behandelnden Mietzinsgeschäfte sich in zunehmendem Maße auf bestimmte Gebiete konzentrieren, hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen, die Befugnis zur Durch-

führung der Mietzinskontrolle an die Kantone zu delegieren. Die Handhabung der Mietzinskontrolle erfährt hierdurch in grundsätzlicher Hinsicht keine Änderung. Gegen Entscheide der zuständigen kantonalen Instanzen kann bei der Eidgenössischen Preiskontrollstelle Beschwerde erhoben werden.«

Wohin die neuen Wirtschaftsartikel führen

In der »Schweiz. Gewerbezeitung« Nr. 19 vom 13. Mai 1939, die bekanntlich kräftig für eine berufsständische Ordnung, mindestens im Sinne der Allgemeinverbindlicherklärung von Verbandsbeschlüssen, eintritt, äußert ein Einsender die Meinung, ein *Fähigkeitsausweis* sei nicht nur für den Betrieb eines Detailgeschäfts oder Handwerkerbetriebes vonnöten, sondern auch für die Eröffnung eines Fabrikbetriebes. Begründung dieser Meinung: Schlechte Erfahrungen mit zwei Blusenfabrikanten.

Die schlechten Erfahrungen, die der Einsender gemacht hat, sind offenbar Tatsache. Recht interessant aber ist die Folgerung: Schlechte Erfahrungen können nur vermieden werden, indem auch von jedem Fabrikanten ein *Fähigkeitsausweis* verlangt wird. Wie hieß früher die Folgerung? Schlechte Erfahrungen kann jeder machen, aber der betreffende Fabrikant wird sich zweimal überlegen, ob er sich schlechte Bedienung weiterhin leisten können. Mit andern Worten: die freie Wirtschaft stellt ab auf die Selbstkorrektur auf seiten der Produzenten, die gebundene Wirtschaft, wie sie die »Schweiz. Gewerbezeitung« und mit ihr soundso viele andere Verbandsblätter und Verbände vertreten, sie stellen ab auf den *Fähigkeitsausweis*! Alle und jede Tätigkeit wird, wenn einmal die Verbandsbeschlüsse an der Tagesordnung sind, einen *Fähigkeitsausweis* benötigen. Sogar diejenigen, die als »unabhängige Sachverständige« einst die Kandidaten für den *Fähigkeitsausweis* zu begutachten haben, sie müssen zuerst einen *Fähigkeitsausweis* für die Erteilung von *Fähigkeitsausweisen* sich erwerben. Im übrigen: unabhängige Sachverständige, was für Leute sind das? Wer sachverständig ist, steht doch wohl im betreffenden Gewerbe mitten drin, sieht also im Kandidaten um den *Fähigkeitsausweis* wohl oder übel den zukünftigen Konkurrenten, und ist damit nicht mehr un-